

An  
alle BGA-Mitglieder

Sehr geehrte Damen und Herren,

beigefügten Newsletter des Ministeriums des Innern und für Kommunales, Geschäftsstelle Landespräventionsrat übersende ich Ihnen zur Kenntnisnahme, insbesondere die Information zur Förderung durch das Bundesprogramm "Demokratie leben!" (gelbmarkiert durch Webmaster). Mit freundlichen Grüßen

i. A. Noack

Landkreis Dahme-Spreewald  
Ordnungsamt  
Beethovenweg 14  
15907 Lübben (Spreewald)

Telefon: 03546/20-1518  
Fax: 03546/20-1555  
E-Mail: [Lap@dahme-spreewald.de](mailto:Lap@dahme-spreewald.de)  
[Ordnungsamt@dahme-spreewald.de](mailto:Ordnungsamt@dahme-spreewald.de)

>>> "Otte, Nicole" <[Nicole.Otte@mik.brandenburg.de](mailto:Nicole.Otte@mik.brandenburg.de)> 03.09.2021 12:39 >>>

Sehr geehrte Damen und Herren,

basierend auf den Informationen des Deutschen Präventionstages wird anliegender Newsletter für den Monat September übersandt.

## Erinnerung

Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe "Vernetzungsgremium Kriminalprävention vor Ort" findet wie angekündigt am 05.10.2021 in Potsdam als Präsenzveranstaltung statt. Die Einladung inkl. der Tagesordnung werden wir Ihnen innerhalb der nächsten Tage übersenden.

## Aktuelles

### Weniger Erwerbstätige fürchten um Job, Belastungsgefühle sinken, aber hohe Unzufriedenheit mit Krisenmanagement

Erwerbspersonenbefragung im Corona-Sommer 2021: Weniger Erwerbstätige fürchten um Job, Belastungsgefühle sinken, aber hohe Unzufriedenheit mit Krisenmanagement der Politik. Viele Erwerbstätige in Deutschland durchleben den zweiten Corona-Sommer mit äußerst gemischten Gefühlen. Das zeigt die neueste Welle der repräsentativen Erwerbspersonenbefragung, die die Hans-Böckler-Stiftung seit Frühjahr 2020 durchführt. Einerseits fürchteten im Juli 2021 weniger Menschen als im Winter 2020, wegen der Pandemie ihre Arbeit zu verlieren. Die Quote ist von 13 Prozent im November 2020 auf acht Prozent gesunken.

### Studie zu Cyberangriffen auf Unternehmen

Der Digitalverband [Bitkom](https://www.bitkom.de/) hat am 05.08.21 die Ergebnisse einer repräsentativen Studie zu Cyberangriffen auf deutsche Unternehmen veröffentlicht. Danach entsteht durch Diebstahl, Spionage und Sabotage der deutschen Wirtschaft jährlich ein Gesamtschaden von 223 Milliarden Euro. Kriminelle Attacken haben erneut für Rekordschäden gesorgt: Die Schadenssumme ist mehr als doppelt so hoch wie in den Jahren 2018/2019, als sie noch 103 Milliarden Euro p.a. betrug. Neun von zehn Unternehmen (88 %) waren 2020/2021 von Angriffen betroffen. In den Jahren 2018/2019 wurden drei Viertel (75 %) Opfer.

### Studie zur Effektivität von Präventionsstrategien in Kommunen

Ein Forschungsteam der Universität Hildesheim und der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) befasst sich in einer bundesweiten Studie mit Präventionsstrategien in Kommunen. Die Wirksamkeit des Präventionssystems "Communities that

Care" (CTC) soll evaluiert werden. Kooperationspartner sind der Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR) und der Deutsche Präventionstag (DPT). Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) fördert das Projekt.

### **Bundeskriminalamt legt Bericht zur Kriminalität im Kontext Corona vor**

Das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben unterliegt wegen der Corona-Pandemie seit dem vergangenen Jahr starken Einschränkungen: Geschäfte mussten schließen, die Menschen verbrachten mehr Zeit zu Hause, der Reiseverkehr wurde eingeschränkt. Diese Veränderungen haben alle Menschen gespürt - und sie hatten weitreichende Auswirkungen, auch auf die Entwicklung der Kriminalität. Das zeigt ein aktueller Bericht im Auftrag der Innenministerkonferenz, der nun als **Managementfassung** vom Bundeskriminalamt (BKA) veröffentlicht wurde.

Schon zu Beginn des ersten Lockdowns im März 2020 hatten die Sicherheitsbehörden und Innenministerien von Bund und Ländern beschlossen, mögliche Auswirkungen der Pandemie auf die Kriminalitätsentwicklung zu prüfen, zu bewerten sowie Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Am 20. März 2020 wurde eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundeskriminalamtes eingerichtet. Teilnehmer waren neben dem BKA die Länder Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Schleswig-Holstein. Außerdem beteiligt waren Vertreter der Bundespolizei sowie der Zentralen Geschäftsstelle der Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention. Die nun veröffentlichte Zusammenfassung legt dar, dass etwa Tatgelegenheiten für Taschen- oder Wohnungseinbruchdiebstähle wegfielen, was sich in stark rückläufigen Fallzahlen niederschlug. Andererseits wurden aber auch neue Tatgelegenheiten geschaffen, so dass beispielsweise der Subventionsbetrug im Zusammenhang mit den Corona-Soforthilfen sehr stark zunahm. Auch auf die Politisch Motivierte Kriminalität hatte die Pandemie Auswirkungen: Über 3.500 politisch motivierte Straftaten im thematischen Zusammenhang mit COVID-19 zählten die Bundesländer im vergangenen Jahr. Der Blick auf das Kriminalitätsgeschehen des vergangenen Jahres zeigt aber auch, dass der grundsätzlich rückläufige Trend in der Allgemeinkriminalität durch die Pandemie nicht beeinflusst wurde. Auch im "Pandemiejahr 2020" sank die Zahl der Straftaten um 2,3 Prozent im Vergleich zu 2019. Dabei war die Allgemeinkriminalität insbesondere zur Zeit des ersten Lockdowns im April im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres niedriger.

### **Aufbruch in ein kindgerechtes Deutschland**

Anlässlich der Bundestagswahlen im September legt das Deutsche Kinderhilfswerk einen Katalog mit zehn Forderungen für den "Aufbruch in ein kindgerechtes Deutschland" vor. Die Forderungen werden wöchentlich auf der [Webseite des Deutschen Kinderhilfswerks](#) veröffentlicht. In den ersten beiden Papieren fordert das Deutsche Kinderhilfswerk die Absenkung des Wahlalters und die Beachtung und Umsetzung des Rechts auf Beteiligung.

## **Informationen**

### **Leitfaden zur Umsetzung der Istanbul-Konvention für die kommunale Praxis**

Der Leitfaden des Deutschen Städtetages zeigt, dass sich die Städte bereits seit Jahren durch vielfältiges Engagement vor Ort im Kampf gegen Gewalt an Frauen engagieren und mit zahlreichen Projekten und Maßnahmen Vorgaben der Istanbul-Konvention umsetzen. Deutlich wird aber auch, dass weitergehende Anstrengungen notwendig sind. Mit Blick auf das nach wie vor vorhandene Ausmaß geschlechtsspezifischer Gewalt in unserer Gesellschaft, das bedauerlicherweise unter den Bedingungen der Pandemie eine neue Qualität erfährt, muss es perspektivisch darum gehen, getroffene Maßnahmen auf ihre Effektivität hin zu überprüfen und den Umsetzungsprozess weiter zu optimieren. Wir sind auf dem richtigen Weg, aber noch längst nicht am Ziel.

### **Förderung durch das Bundesprogramm Demokratie leben!**

In den Jahren 2019 und 2020 wurden im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!" alle Förderanträge für Projekte und Maßnahmen, die sich gegen Rechts- und Linksextremismus, Islamismus und Antisemitismus richten, bewilligt. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung ([19/31409](#)) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion ([19/31006](#)) hervor. Informationen zu den geförderten Projekten und Maßnahmen seien öffentlich zugänglich auf der Webseite des Bundesprogramms ([www.demokratie-leben.de](http://www.demokratie-leben.de)). Die Prüfung der Förderanträge werde durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) vorgenommen. Auf die Fragen der Liberalen nach Überprüfung von Demokratieprojekten durch den Verfassungsschutz verweist die Regierung auf ihre Antworten ([19/3563](#), [19/9152](#) und [19/21848](#)) auf Kleine Anfragen der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen.

### **Anteil der Menschen zwischen 15 und 24 Jahren auf Tiefststand**

Wenn es um Zukunftsfragen wie Arbeit, Rente oder Klimaschutz geht, richtet sich der Blick verstärkt auf die junge Generation. Wie das Statistische Bundesamt zum Internationalen Tag der Jugend am 12. August 2021 mitteilte, waren von den 83,2 Millionen Menschen, die zum Jahresende 2020 in Deutschland lebten, 8,4 Millionen zwischen 15 und 24 Jahre alt. Die ab Mitte der 1990er-Jahre geborenen, mitunter als "Generation Z" bezeichneten Menschen, haben damit einen Anteil von 10,1 % an der Gesamtbevölkerung.

## **Publikationen**

### **Ökonomische Folgen der Coronavirus-Pandemie**

Die Coronavirus-Pandemie stellt die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Deutschland mittel- und langfristig vor neuartige Herausforderungen und hat bereits zuvor bestehenden Handlungsbedarf verstärkt. Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina analysiert in der heute veröffentlichten Stellungnahme "Ökonomische Konsequenzen der Coronavirus-Pandemie - Diagnosen und Handlungsoptionen" die derzeitige wirtschafts- und sozialpolitische Situation und leitet daraus mögliche Vorgehensweisen ab, um den bevorstehenden Strukturwandel zu bewältigen.

### **Urbane Sicherheit: Handbuch und Beteiligungsmethoden von Kindern und Jugendlichen**

Kinder und Jugendliche sind gleichberechtigte Nutzer:innen öffentlicher Räume. Das Quartier ist für sie dabei von zentraler Bedeutung - sie müssen sich dort sicher fühlen können. Bislang fehlten jedoch die Methoden, um das Sicherheitsempfinden von Kindern und Jugendlichen gezielt und kindgerecht zu untersuchen. Obwohl sich ihr Sicherheitsempfinden von dem der Erwachsenen deutlich unterscheiden kann, ist es bisher kaum erforscht.

Das Projekt INERSIKI - Instrumentenentwicklung zur Erfassung der raumbezogenen Sicherheitsbelange von Kindern und Jugendlichen hat sich dieser Lücke angenommen und zehn Methoden entwickelt, um gezielt das Sicherheitsgefühl von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum zu erfassen.

### **Broschüre: Demokratie auf Landesebene stärken - neue Broschüre über die Landes-Demokratiezentren**

Die Broschüre von "Demokratie leben!" stellt die Arbeit der 16 Landes-Demokratiezentren, ihre Ziele und ihre Beratungsangebote vor und fasst zusammen, wie die Vernetzungsarbeit zwischen den Ländern funktioniert.

## **Veranstaltungen**

### **Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2021**

Vom 10. bis 19.09.2021 findet die diesjährige Woche des bürgerschaftlichen Engagements statt. Detaillierte Informationen zu geplanten Veranstaltungen und entsprechenden Teilnehmungsformaten und -möglichkeiten finden sich auf der Webseite <https://www.engagement-macht-stark.de/>.

## **Corona**

### **Hat Covid-19 das Mobilitätsverhalten der Deutschen nachhaltig verändert?**

Die Corona-Pandemie hat die Mobilität der Deutschen, die stark durch Routinen mit festen Verkehrsmitteln und Routen geprägt ist, plötzlich auf den Kopf gestellt: Viele Menschen mussten kurzfristig ihr Mobilitätsverhalten ändern oder auf Alternativen ausweichen. Eine neue Studie des Fraunhofer ISI geht vor diesem Hintergrund der Frage nach, ob die Corona-Pandemie die Individualmobilität der Deutschen dauerhaft oder nur punktuell veränderte.

### **Corona verändert räumliche Bevölkerungsverteilung in Deutschland**

Die Covid-19-Pandemie hat das Städtewachstum verlangsamt und teilweise zu Bevölkerungsschrumpfung geführt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in seinem Nationalatlas aktuell online veröffentlicht hat. Interaktive Deutschlandkarten zeigen, wie sich die Bevölkerungsgewinne und -verluste über die Kreise und Städte verteilen.

### **Auswirkungen von Corona auf bürgerschaftliches Engagement**

Der Bundesregierung liegen bislang noch keine gesonderten Erkenntnisse über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland vor. Dies teilt sie in ihrer Antwort (19/3100) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (19/30862) mit. Die Datenerhebung zum aktuellen "Fünften Deutschen Freiwilligensurvey" habe 2019 und somit vor Beginn der Pandemie stattgefunden. Verschiedene Akteure der Zivilgesellschaft hätten zwar bereits Studien zu den Auswirkungen durchgeführt, jedoch ließen sich auf deren Grundlage keine allgemeinen und belastbaren Informationen ableiten. Die Bundesregierung weist darauf hin, dass im Rahmen des Aktionsprogrammes "Aufholen nach Corona" der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt zusätzlich 30 Millionen Euro für die gezielte Unterstützung des bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements für Kinder, Jugendliche und Familien in den Jahren 2021 und 2022 zur Verfügung gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

KOKin Nicole Otte

Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg

Geschäftsstelle Landespräventionsrat

Henning-von-Tresckow-Straße 9-13

14467 Potsdam

Tel.: 0331-866-2749

E-Mail: [nicole.otte@mik.brandenburg.de](mailto:nicole.otte@mik.brandenburg.de)

[lpr@mik.brandenburg.de](mailto:lpr@mik.brandenburg.de)